

Die Jahresversammlung der BUND–Kreisgruppe Salzgitter hat am 17.10.2015 einstimmig folgende Resolution verabschiedet:

Resolution

Die in der Landwirtschaft, im Gartenbau und in Gärten verwendeten Pestizide, auch verharmlosend als „Pflanzenschutzmittel“ bezeichnet, belasten – zum Teil nachhaltig – das gesamte Ökosystem: direkt sind Luft, Grundwasser, Oberflächengewässer und Böden und indirekt Menschen, Tiere und Pflanzen in Mitleidenschaft gezogen.

Dies ist unvereinbar mit dem national und in der EU geltenden Vorsorgeprinzip und führt insbesondere auch dazu, dass die Schutzziele der Europäischen Wasser-Rahmenrichtlinie nicht erreicht werden können.

Die BUND–Kreisgruppe Salzgitter setzt sich seit Jahren für eine pestizidfreie Umwelt ein und fordert nun neben dem Verbot des erbgutschädigenden und krebsauslösenden Wirkstoffs Glyphosat (u.a. in Round Up) die Einführung einer Abgabe auf Pestizide. Mit diesem Instrument wird der Einsatz von Pestiziden verteuert und ein Signal für die Verringerung des Einsatzes von sog. Pflanzenschutzmitteln gesetzt. Es muss Ziel sein insbesondere auch Hersteller mit in die Verantwortung zu nehmen, damit nicht nur Landwirte zur Begleichung der Zeche herangezogen werden. Die Einnahmen aus der Abgabe sollen zur Entwicklung weiterer, umweltverträglicher Verfahren zum Schutz der Kulturpflanzen, zur Vorbeugung gegen Schäden aus der Verwendung von Pestiziden und der Wiederherstellung geschädigter Bereiche eingesetzt werden.

Eine solche Abgabe kann nach den positiven Erfahrungen in Schweden, Frankreich und Dänemark zu einer erheblichen toxischen Entlastung des gesamten Ökosystems, insbesondere auch der Gewässer und der Trinkwasseraufbereitungskosten führen. Die Abgabe auf Pestizide würde die Umweltprobleme durch Ackergifte nicht lösen, jedoch die Verursacher in die Verantwortung nehmen.

Deshalb kann sie ein wichtiges politisches Zeichen setzen. Ein Zeichen für eine geringere Belastung der Böden, der erzeugten Nahrungsmittel und des streng zu schützenden Grundwassers. Sie kann helfen, die Lebens- und Nahrungsgrundlagen dieser und künftiger Generationen zu sichern.

Begründung:

Das Grundwasser in weiten Teilen Niedersachsens ist mit Rückständen von Pestiziden belastet. Das geht aus einer Studie des Niedersächsischen Landesbetriebs für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz (NLWKN) hervor (NLWKN Grundwasser BAND 23 – Themenbericht Pflanzenschutzmittel Wirkstoffe und Metaboliten im Grundwasser Datenauswertung 1989 bis 2013 vom 01.06.2015).

Demnach wurden an 45 Prozent der Grundwassermessstellen in Niedersachsen Rückstände von Pestiziden nachgewiesen. An zehn Messstellen wurden Grenzwerte für Wirkstoffe überschritten. Besonders häufig tauchte bei den Proben der Wirkstoff Bentazon auf, der in Unkrautvernichtungsmitteln vorkommt und nach wie vor verwendet wird (u.a. Landkreis Göttingen, Stadt Hannover). Wie ein Sprecher des NLWKN betonte, zeigt der derzeitige Zustand deutlich, „dass wir Belastungen haben, die teilweise über die Grenzwerte gehen. Das ist nicht tolerabel.“ (Interview NDR). Das NLWKN fordert verbesserte Konzepte zum Schutz des Grundwassers. Bei den Funden handelt es sich zum Großteil um Abbauprodukte von Pestiziden, deren Umweltwirkungen nicht geklärt sind. Dennoch sind die Macher der Studie aufgrund der Ergebnisse alarmiert. Der Grund: diese Substanzen wurden in so hohem Maße gefunden, dass sie Anlass zur Besorgnis geben.

Laut der Studie gibt es einen Zusammenhang zwischen den gefundenen Pestizidrückständen und angebauten Kulturen wie Rüben, Mais und Raps. Landwirte verweisen darauf, dass ohne den Einsatz von Pestiziden in vielen Regionen Niedersachsens der Anbau von landwirtschaftlichen Produkten nicht mehr rentabel sei und außerdem nur zugelassene Wirkstoffe verwendet würden.

Auch viele Trinkwasserversorger in Norddeutschland stellen an ihren Grundwasserquellen Rückstände von Pflanzenschutzmitteln fest. Deren Sorge ist, dass die heutige Qualität des Grundwassers in künftig nicht mehr sicherzustellen sein wird. Es wird auch die Zulassungspraxis für Pflanzenschutzmittel mit zu hohen zulässigen Werten kritisiert, wogegen die Zulassungsbehörde eine Verschärfung ablehnt und darauf verweist, dass dazu der Gesetzgeber gefordert sei.

Der Absatz von Pflanzenschutzmitteln in Deutschland hat in den vergangenen Jahrzehnten stark zugenommen. Laut Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit lag der Pestizidabsatz 1993 noch bei 28.930 Tonnen. 20 Jahre später wurden 43.765 Tonnen hierzulande verkauft. Das entspricht einem Zuwachs von 51 Prozent.

Eine Pestizidsteuer kann in Abhängigkeit der Produkt- und Wirkstoff-Eigenschaften wirken. Pestizidprodukte, die besonders problematisch für Menschen oder ihre Umwelt sind, haben einen hohen Steuersatz. Entscheidet sich der Nutzer für ein Pestizidprodukt ökonomisch und wählt das vergleichsweise günstigere Mittel, so wählt er – so die Theorie des Systems – automatisch die umwelt- und gesundheitlich verträglichere Alternative.

Entscheidend bleiben allerdings nicht die Modifizierung von Anbausystemen durch Einzelmaßnahmen sondern die Ausrichtung auf moderne Methoden zur Erzeugung von Lebensmitteln, die insbesondere ressourcenschonend sind. Kreislaufwirtschaft in der Weiterentwicklung des ökologischen Landbaus mit einer regionalen Ausrichtung von Lebensmittelerzeugung und – vertrieb ist dabei ein Weg.

Verantwortlich:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Landesverband Niedersachsen e.V, Kreisgruppe Salzgitter
Moränenweg 64, 38228 Salzgitter
Tel.: 05341 59445, Mobil: 0170 6179853
Fax: 05341 550470
E-mail: info@bund-salzgitter.net
www.bund-salzgitter.net